

Politik für Zyniker ; Sevcik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **100 (2020)**

Heft 1079

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

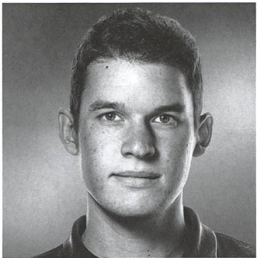
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITIK FÜR ZYNIKER

PROPAGANDA MIT DEM OFFIZIELLEN MEGAFON



Am 27. September stimmen wir darüber ab, ob Väter bei der Geburt eines Kindes zwei zusätzliche Wochen Urlaub erhalten sollen. Während manche vor den Kosten dieses Ausbaus warnen, geht er der Eidgenössischen Kommission für Familienfragen (EKFF) viel zu wenig weit. Sie schlug vor zwei Jahren in

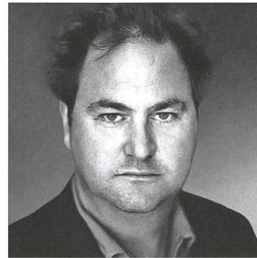
einem Bericht einen Elternurlaub von 38 Wochen vor, wovon mindestens 8 Wochen vom Vater zu beziehen wären. Wer sich darüber wundert, dass eine offizielle Kommission sich mit derartigen Forderungen in die politische Diskussion einmischt, dem sei ein Blick auf die Mitgliederliste empfohlen. Zwei Drittel haben Interessenbindungen im Sozialbereich, oft zu familienpolitischen Organisationen. Die Forderung nach mehr Geld für Eltern stammt von... der Eltern-Lobby. Der Bund unterhält ein unübersichtliches System von über 100 ausserparlamentarischen Kommissionen mit total rund 1600 Mitgliedern, die vom Bundesrat gewählt werden. Manche Kommissionen fällen verbindliche Entscheide, etwa die Wettbewerbskommission. Andere sind vor allem beratend tätig – was aber nicht heisst, dass sie politisch nichts zu sagen hätten. Im Gegenteil: Die Gremien sind beliebte Tummelplätze für Interessenvertreter jeder Couleur. Die Bezeichnung «eidgenössische Kommission» macht einen offiziellen, seriösen Eindruck. Zum Vorschlag der EKFF titelte eine Zeitung prompt: «Bund empfiehlt 38 Wochen Elternzeit». Wenn die Kommission für Tabakprävention höhere Zigarettenpreise verlangt oder die Kommission für Frauenfragen zum Frauenstreik aufruft, ist öffentliche Aufmerksamkeit garantiert. Dass dahinter Lobbyisten und Politiker stehen, geht unter. Dass Interessenvertreter in Kommissionen sitzen, gehört zum Wesen des helvetischen Korporatismus, in dem die Akteure in offiziellen Gremien zusammensitzen und verhandeln. Diese Idee wird jedoch pervertiert, wenn staatliche Kommissionen zu Vehikeln politischer Akteure werden und quasi das Staatslabel die Lobbyforderung «offizialisiert». Die einzige Interessengruppe, die in keiner Kommission vertreten ist, sind die Steuerzahler. Sie finanzieren das ganze System mit über 60 Millionen Franken pro Jahr. Und erhalten dafür offiziöse Propaganda vor Abstimmungen.

Lukas Leuzinger

ist Redaktor dieser Zeitschrift. In seiner Kolumne schreibt er darüber, was Politiker sagen – und was sie dann tatsächlich tun.

SEVCIK

THE END OF... STÄNDERAT



Es zeigt sich immer mehr, dass föderal aufgebaute Staaten tendenziell erfolgreicher sind. Sie sind näher am Bürger und verstehen lokale Themen besser. Auch ist die Macht dezentralisiert. Doch auch föderale Staaten haben Herausforderungen. Eine der grössten hat sich erst in den letzten Jahren ma-

nifestiert. Vor allem in der Schweiz und den USA gibt es eine zentrale Institution, die langsam zum Problem wird: die kleine Kammer. Die zentrale Idee von Ständerat bzw. Senat ist ja, auch den kleineren Gliedstaaten mehr Mitsprache und Einfluss zu geben – etwas, was sie auf Basis ihrer Einwohnerzahl sonst nicht haben.

Allerdings wurde diese Idee umgesetzt, als die Einwohner- und Wirtschaftsunterschiede nicht so gross waren. Vor allem Urbanisierung und die Wissensgesellschaft haben diese Unterschiede nun markant grösser werden lassen. In beiden Ländern entstanden «Superstar Cities» (Zürich, Genf, Los Angeles, New York etc.), die extrem viel Humankapital und Wirtschaftskraft anziehen. Ihre Kantone bzw. Bundesstaaten können locker mit anderen Nationen mithalten (Kalifornien ist die fünftgrösste Volkswirtschaft der Welt; Zürich hat das BIP von Ungarn). Gleichzeitig stagnieren kleinere und abgelegene Gliedstaaten – sie sind auch oft von einem Sektor prekär abhängig (z.B. Bergbau oder Tourismus). Nun kann in den kleinen Kammern in bestimmten Konstellationen nur ein Bruchteil der Gesamtbevölkerung und Wirtschaftsleistung Mehrheiten bekommen. Diese kleinen, eher konservativen Gliedstaaten sind aber mehrheitlich die Empfänger von staatlichen Ausgleichszahlungen.

Im Wallis oder in Wyoming lästert man zwar gerne über den Hauptstadtsumpf, aber man lässt sich gerne von dort finanzieren – und bremst oft den Fortschritt. Länder wie die Schweiz, die USA und – in geringerem Masse – Deutschland züchten sich so einen veritablen Konflikt, der in sich eine grosse Zeitbombe birgt. Die Lösung? Vermutlich eine Kombination aus mehr Stimmen für die Gliedstaaten mit grossen Metropolen sowie Einschränkungen in der Gestaltungsmacht der kleinen Kammer, ohne sie aber abzuschaffen.

Thomas Sevcik

ist CEO von arthesia und entwickelt strategische Narrative für Unternehmen, Städte und Spezialprojekte. In seiner Kolumne sortiert er Altes aus und regt Neues an.